



Auch der Staat hat sich langfristig an eine gesamtwirtschaftliche Budgetbeschränkung zu halten. JESS DERBOVEN / IMAGO

Negative Folgen von Staatsinterventionen

*Stabilisierungspolitik in Krisen ist hilfreich. Wird sie aber
zu oft eingesetzt, weckt sie die Illusion vom allmächtigen Fiskus.
Gastkommentar von Reto Föllmi und Fabian Schnell*



Die vergangenen Jahre waren von einigen ausserordentlichen finanziellen Engagements des Staates geprägt. In der Corona-Krise wurden gewaltige Summen an Bundesgeldern ausgeschüttet. Der Anstieg der Strompreise führte zu einem teuren Rettungsschirm für die Stromkonzerne, und die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS veranlasste den Bund zu kurzfristigen Engagements in Milliardenhöhe. Wie auch bei der Rettung der UBS selbst im Jahr 2008 war die staatliche Hilfe bei der CS-Rettung, bestehend aus Garantien, am Schluss kein schlechtes Geschäft, allerdings musste der Bund und damit der Steuerzahler unfreiwillig ins Risiko gehen.

Ziel dieser Unterstützungen war immer die Stabilisierung der Gesamtwirtschaft. Zu starke Schwankungen sollten ausgeglichen, ein Abgleiten in eine Krise mit hoher Arbeitslosenquote verhindert werden. Dieses Ziel, das kann man rückblickend konstatieren, wurde erreicht, und das objektiv gesehen zu relativ tiefen Kosten. Insbesondere die Ausgaben zur Bekämpfung der Corona-Krise waren im internationalen Vergleich moderat und der Wirtschaftseinbruch relativ rasch überstanden.

Doch wenn Stabilisierungspolitik zu oft eingesetzt wird und dann auch noch so erfolgreich ist, kann sie die Illusion erwecken, dass der Fiskus allmächtig ist und unendlich tiefe Taschen hat. Das Problem ist, dass kein Experte, kein Politiker und kein Stimmbürger aufgrund begrenzter Zeit und Mittel über vollständige Informationen verfügt. Die Rechnungsabschlüsse in Bund und Kantonen zeigen, dass die Budgetierung keine exakte Wissenschaft ist. Wie knapp die staatlichen Mittel tatsächlich sind, ist also nicht so leicht zu überschauen.

Auf privater Ebene ist jedem Haushalt klar, dass ein höherer Lebensstandard mit mehr Ausgaben auch durch mehr Einkünfte finanziert werden muss. Diese private Logik wurde in der Schweiz korrekterweise auch auf den Fiskus übertragen. Diskussionen um die Gefahr der Verschuldung, Auseinandersetzungen nur schon um kleine Ausbauschritte oder Sanierungsprogramme zur Einhaltung der Schuldenbremse zeugen davon.

Auch der Staat hat sich langfristig an eine gesamtwirtschaftliche Budgetbeschränkung zu halten. Dies gilt umso mehr für gesetzlich fix festgelegte und wiederkehrende Ausgaben. Umverteilt kann nur werden, was zuerst durch Arbeits- und Kapitaleinsatz erwirtschaftet wurde. Der Erfolg des Staates in der Krisenbekämpfung mit exorbitanten Mitteln scheint nun aber das «Signal» an die Stimmbür-

ger zu senden, dass die finanziellen Möglichkeiten des Staates falsch eingeschätzt wurden. Besonders die hohe Umfrage-Zustimmung zur 13. AHV-Rente lässt aufhorchen – unabhängig davon, wie diese Abstimmung tatsächlich ausgehen wird. Dies scheint umso verwunderlicher, als gerade bei den Sozialversicherungen der Reformbedarf aufgrund der Demografie offensichtlich ist.

Die mit dem geforderten Ausbau einhergehenden finanziellen Verpflichtungen der AHV wären ausserdem enorm hoch. Schon nach wenigen Jahren würden die Zusatzkosten zum Beispiel die Ausgaben im Zuge von Corona übertreffen. Doch

**Die politökonomischen
Konsequenzen des jüngsten
Staatsinterventionismus
könnten deutlich höhere
volkswirtschaftliche Kosten
als die tatsächlich getätigten
Ausgaben bewirkt haben.**

auch andere Pläne zum Staatsausbau scheinen mehrheitsfähig, und dies nicht nur im sozialpolitischen Bereich. So wird die Unterstützung von Industrien von Stahl bis Solar mit Verweis auf die jüngsten Interventionen gerechtfertigt und erreicht sogar teilweise parlamentarische Mehrheiten. Jede Interessengruppe will sich am scheinbar grenzenlosen staatlichen Füllhorn bedienen. Als Folge steht die Schuldenbremse unter Druck wie noch nie seit ihrer Einführung.

Die politökonomischen Konsequenzen des jüngsten Staatsinterventionismus könnten deutlich höhere volkswirtschaftliche Kosten als die tatsächlich getätigten Ausgaben bewirkt haben. Die Milliardenausgaben in kurzer Folge und teilweise per Notrecht scheinen eine Illusion von vorhandenen Finanzmitteln geschaffen zu haben, die so schlicht nicht existieren. Denn die Ausgaben für Stabilisierung in der kurzen Frist müssen langfristig immer zurückbezahlt werden – das ist ja auch genau die Logik der Schuldenbremse.

Was gilt es daraus zu lernen? Erstens sollten sich die Entscheidungsträger bei allem Verständnis für das Ziel der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung auch der politökonomischen Implikationen von per Notrecht beschlossenen Milliardenausgaben zumindest bewusst sein und sie in ihre Abwägungen mit einbeziehen. Zweitens sind

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 80'908
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 19
Fläche: 73'035 mm²



Auftrag: 377009
Themen-Nr.: 377.009

Referenz: 91008849
Ausschnitt Seite: 3/3

Transparenz in Bezug auf staatliche Finanzen und die Kommunikation der Konsequenzen eines aus der Balance geratenen Staatshaushalts von entscheidender Bedeutung.

Denn dass der Fiskus unendlich tiefe Taschen hat, ist und bleibt eine Illusion. Das Verständnis, dass der Staat langfristig sein Budget einhalten muss, gerade damit er kurzfristig die Konjunktur stützen kann, ist ein hohes Gut. Dieses «Signal» gilt es gerade jetzt immer wieder an Politik und Stimmbevölkerung zu senden.

Reto Föllmi ist Professor für internationale Ökonomie und Direktor des SIAW-HSG an der Universität St. Gallen; **Fabian Schnell** ist Research Associate des SIAW-HSG.